

# WIR ÜBERNEHMEN DEN LADEN.

Abdankung der Senatorin für Stadtentwicklung!  
Rettungspaket für eine soziale und selbstverwaltete  
Stadtentwicklung!

Do. | 17.09.2009 | 13 Uhr  
Fehrbelliner Platz



**Kommt alle zum Happening vor der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung  
Wir verabschieden Frau Junge-Reyer und dann übernehmen wir den Laden.**

Eine Aktion des Bündnisses „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ [www.kapitalismuskrise.org](http://www.kapitalismuskrise.org)

# Die Krise findet Stadt

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise verschärft die Situation in den Städten. Für die Stadt Berlin, die schon seit dem Bankenskandal bankrott ist, heißt das konkret, dass weitere Kürzungen im sozialen Bereich drohen. Die Verluste auch dieser Krise sollen von der Gesellschaft getragen werden, während die Gewinne privat bleiben. Wir haben genug von dieser Stadtpolitik von oben. Wir wollen gemeinsam darüber entscheiden, wie wir hier leben und wie wir das regeln. **Wir übernehmen die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.**

## Berlin wird zur gespaltenen Stadt

In Berlin wird seit Jahren eine investorenfreundliche Politik gemacht, die systematisch den öffentlichen Raum bis hin zu den umliegenden Seen privatisiert. Gleichzeitig wird der Zugang zu öffentlichen Gütern wie Wohnen und Naherholung, Strom und Wasser, Bus und Bahn, Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen durch massive Preissteigerungen erschwert. In welchem Maß man am öffentlichen Leben teilnehmen kann, hängt immer stärker vom Geldbeutel ab. Explosionsartig steigende Mieten in den Innenstadtbezirken führen dazu, dass sich viele Menschen ihre Wohnungen nicht mehr leisten können. Bestimmte Stadtteile werden gezielt aufgewertet, andere vernachlässigt.

Schuld an dieser Spaltung der Stadt in arm und reich ist eine verfehlte Politik. Mit Steuergeschenken an private Investoren und mit Senatsmitteln wird einseitig in Großprojekte wie den Potsdamer Platz, den Flughafen BBI, die Stadtautobahn oder Mediaspree investiert. Projekte, die die Mehrheit der Berliner und Berlinerinnen nicht wollen. In der ganzen Stadt wird im Zuge der Umsetzung von Großprojekten eine traditionsreiche Sub-, Club- und Kiezkultur zerstört. Was zählt, ist nur das, was Profit bringt. Statt einer vielfältigen sozialen und kulturellen Infrastruktur gibt es nun die O2 World, Universal und Media-Spree, gibt es steigende Mieten, Druck und Repression für Erwerbslose, Überwachung, rassistische Kontrollen und Vertreibung von Obdachlosen oder Drogenkonsumierenden aus den innerstädtischen öffentlichen Räumen. So wird die Lebensqualität in der Stadt vermiest.





## Wir zahlen nicht für eure Krise

Die Folgen der Krise werden auf diejenigen abgewälzt, die schon jetzt kaum genug zum Leben haben. Wir fordern eine Stadtpolitik, in denen alle zu öffentlichen Gütern – Gesundheit, Wohnraum, öffentlicher Nahverkehr, Wasser und Bildung – Zugang haben und zwar kosten- und voraussetzungslos. Deswegen gehen wir am 17.9. am bundesweiten Aktionstag des Bündnisses „Wir zahlen nicht für eure Krise“, auf die Straße. Gemeinsam verweisen wir auf die verschiedenen Gesichter der Krise – Klima, Wirtschaft, Arbeit, Stadtumstrukturierung, Bildung, globale Ungerechtigkeit und Ernährungsunsicherheit – und erteilen den herrschenden Strategien zur Krisenbewältigung eine klare Absage. Zusammen kämpfen wir für neue Perspektiven und für die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Für eine Stadtpolitik, die an den Bedürfnissen der Menschen orientiert ist und von ihnen bestimmt wird. Für eine soziale und demokratische Infrastruktur unabhängig von Einkommen und Aufenthaltstitel. Für eine vielfältige, urbane Lebensqualität.

**Right to the city. Die Stadt gehört uns allen.**



# Es reicht – Senatorin Junge-Reyer dankt ab

Die Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junge-Reyer steht stellvertretend für eine verfehlte Politik. Wir veranlassen heute ihre Abdankung. Es reicht jedoch nicht, einfach die Senatorin auszuwechseln. Das Rettungspaket für eine neue Stadtpolitik steht bereit. Deswegen übernehmen wir selbst den Laden.

## Unsere ersten Maßnahmen sind:

- ★ Eine soziale Wohnungspolitik mit öffentlichem Wohnungsbau und Mietpreisbegrenzung. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften erwirtschaften keinen Profit mehr und stellen Wohnraum für alle zur Verfügung. Kein Hartz-IV Empfänger wird aus seiner Wohnung verdrängt!
- ★ Es gibt ab sofort kostenlosen Zugang zu öffentlichen Gütern wie Nahverkehr, Wasser, Strom, Kultur und Bildung! Die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur wird zurückgedrängt.
- ★ Ab jetzt entscheiden alle über die Verwendung der öffentlichen Mittel. Wir machen eine transparente und demokratische Stadtpolitik, in der die Interessen derjenigen vertreten werden, die hier wohnen.
- ★ Selbstverwaltete Haus-, Wohn- und Kulturprojekte werden nicht geräumt. Die Berliner Sub- und Clubkultur bleibt erhalten.
- ★ Die Privatisierung von öffentlichem Raum wird gestoppt und rückgängig gemacht – Der Ex-Flughafen Tempelhof und das Spreeufer sind für alle da. Mediaspree wird versenkt.
- ★ Sofortiger Bau-Stopp von Großprojekten wie dem Flughafen BBI und der Autobahn A100.
- ★ Schließung des Lagers für Flüchtlinge in der Motardstraße und überall. Es gibt einen Aufenthaltstitel, Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle, die hier leben.

